

der Befragten ein unverheirateter Priester „persönlich lieber“ als ein verheirateter (37,8 %). Auch hier liegen hohe Differenzen zwischen den regelmäßigen Kirchgängern (21,4 % für den verheirateten gegen 37,6 % für den unverheirateten) und denjenigen, die überhaupt nicht zur Kirche gehen (54,3 % für den verheirateten und 3,5 % für den unverheirateten).

Daß die Ehelosigkeit des Priesters ein „Zeichen“ dafür sein soll, daß dieser „in besonderer Weise für Gott lebt“, bejahen 31,7 % gegen 51 % der Befragten. Mit abnehmender Häufigkeit des Kirchenbesuchs fällt bei positiven Antworten bzw. steigt bei negativen Antworten der Prozentsatz. Die pastorale Motivierung der Ehelosigkeit im Sinne einer möglichen größeren Unabhängigkeit im Dienst an der Kirche und an den Menschen überzeugt dagegen mehr: 48,2 % der Befragten gegen 36 % gaben ihr den Vorzug.

Überblickt man die vorläufigen Teilergebnisse, so lassen sich — mit dem Vorbehalt einer späteren Differenzierung oder Berichtigung im Detail — einige Indikatoren ausmachen. In den sozialbezogenen Wertvorstellungen liegen weniger Konfliktmöglichkeiten zwischen der Kirche und den Katholiken als in den individualbezogenen. Die

Kirche erscheint in den Augen der Befragten immer noch als die, welche der Freiheit und Unabhängigkeit der Gläubigen mit Skepsis, wenn nicht mit Mißtrauen gegenübersteht. Die Bereiche um Sexualität, Ehe und Familie bilden nach wie vor ein bevorzugtes Konfliktfeld, auch bei der Jugend. Freilich ist der Auswertung nicht zu entnehmen, wie stark sich gerade die Jugend über die offizielle kirchliche Lehre in diesem Bereich hinwegsetzt und ihrem eigenen Gewissen folgt. Bedauerlich ist, daß gerade in diesen Fragen — wie überhaupt — immer von „der“ Kirche gesprochen wird, obwohl doch bekannt ist, daß selbst die „kirchlichen“ Auffassungen hier längst nicht mehr einheitlich sind, daß Papsttum und Kirche nicht einfach identisch sind.

Die vorliegende Teilauswertung bietet im allgemeinen keine Überraschungen, auch wenn es in gewisser Weise erstaunt, daß das Verhältnis zur Kirche insgesamt noch recht stabil erscheint. Daß diese Stabilität ganz unproblematisch ist, ist weniger sicher; vor allem auch deshalb, weil man den Eindruck gewinnt, der relativ hohe Grad an nachgewiesener Kirchenbindung sei stärker durch soziale und lebenshilfliche Elemente als durch Glaubensfaktoren im strengen Sinne bedingt.

## *Zum Stand der Synodenarbeit in der Bundesrepublik*

In den Meinungsäußerungen der letzten Zeit, vor allem in den Medien ist eine zunehmende, sich verstärkende Kritik an der Arbeit der Sachkommissionen der Synode festzustellen, ja man kommt sogar oft zu dem voreiligen Schluß, daß der Synode — gerade in den ersten Zügen liegend — ein baldiges Ende ihrer großen Zielsetzungen drohe.

Vor allem konzentrieren sich die Angriffe gegen eine fehlende Öffentlichkeit, wengleich hier einzuwenden ist, was H. Wagner in den Amtlichen Mitteilungen der SYNODE schreibt: „Bei solchen und ähnlichen Forderungen nach Öffentlichkeit fällt der unkritische, unreflektierte Gebrauch des Begriffes ebenso auf, wie dessen einseitige Festlegung“. („Synode und Öffentlichkeit“, „SYNODE“, 6, 1971, 1.) Oft scheint der Begriff wie eine Art „Zauberformel“ gebraucht zu werden.

Andere Punkte der Kritik konzentrieren sich mehr auf einzelne Fragen wie etwa, daß die Synode die Fragen der Ostkirche „nur am Rande“ behandle (KNA, 19. 7. 71) oder auf die Auswahl der Berater, durch die sich die soziologische Zusammensetzung der Synode kaum verändert habe. „Im Verhältnis Priester/Laien bleibt das leichte Übergewicht der Priester (unter den Synodalen beträgt das Verhältnis 159:155, unter den Beratern 39:35). Das Verhältnis Männer/Frauen verschob sich noch etwas zugunsten der Frauen (unter den Synodalen beträgt das Verhältnis 260:54, unter den Beratern 66:8). Einunddreißig der 74 berufenen Berater sind Professoren oder Dozenten (unter den 314 Synodalen sind 26 Professoren)“ (KNA, 8. 7. 71, Nr. 1360). Eine andere Kritik kommt von den Synodalen selbst. Sie bezieht sich auf die „häufige Abwesenheit der Diözesanbischöfe bei den Sitzungen der Sachkommissionen“. „Einige von ihnen hätten überhaupt noch an keiner Sitzung ihrer Kommission teilgenommen, andere nur gelegentlich oder sehr kurz.“ Ähnliche Kritik gilt einigen prominenten Laiensynodalen. „Aus der Sacharbeit der Kommissionen wird berichtet, daß die Berufs-

katholiken unter den Synodalen eindeutig in der Vordergrund seien“ (KNA, 24. 6. 71).

Trotz vieler einzelner Punkte der Kritik, die zudem weitverstreut sind, kristallisiert sich im Gesamtklima so etwas wie eine skeptische Haltung zu der *ganzen* Arbeit heraus, die sich dann in den publizistischen Medien entsprechend niederschlägt. Oft bleibt es nur bei der allgemeinen Kritik. Nur selten kommt es zu einem Vorschlag, wie er von einem Frankfurter Pfarrgemeinderat in einem Schreiben an das Sekretariat der Synode gemacht wurde: „Für die Katholiken der BRD sollte eine allgemein verständliche Zusammenfassung in Form einer Broschüre herausgegeben werden, die die bisher geleistete Arbeit und die Themen und Ziele der weiteren Tagungen der Synode aufzeigt. . . . Es muß in dieser Broschüre knapp und klar dargelegt sein: a) Auf welche Themen konzentriert sich die Synode innerhalb der angegebenen Themenkreise? b) Was sind bis jetzt für Anregungen da?“ Davon abgesehen, daß hier Kritik sich in konkreter Anfrage zeigt, was durchaus positiv zu werten ist, ist doch ernsthaft zu fragen, ob *im Augenblick* dieses Vorhaben zu verwirklichen ist. Daß es grundsätzlich und auf längere Zeit von Vorteil sein kann, ja geradezu eine zwingende Notwendigkeit werden kann, ist nicht abzustreiten.

### *Wie ist die Arbeit bisher gelaufen?*

Wie ist die Arbeit aber nun wirklich angelaufen? Welche Tendenzen zeichnen sich ab? Wie ist die gegenwärtige (immer noch Anfangs-)Phase im Gesamten einer möglichen Entwicklung zu sehen?

Versucht man sich über den Stand der Dinge einen Überblick zu verschaffen, so muß man zumindest folgendes allgemein feststellen: Eine sachliche Tendenz größeren Ausmaßes ist im Augenblick noch nicht feststellbar. Zwar haben die meisten Sachkommissionen in den ersten Sitzungsrounden versucht, ihre Prioritäten festzulegen, doch

erscheinen in vielen Punkten diese Prioritäten wieder fraglich, und es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn nach der Sommerpause ein Verschiebungsprozeß der Schwergewichte einsetzen würde. Dies hängt nun u. a. auch davon ab, ob man in den Sachkommissionen erkennt, daß man sich in dem einen oder anderen Punkt zu viel oder gar zu wenig vorgenommen hat. Ersteres dürfte in der Mehrzahl zutreffen. Der Selektionsprozeß ist auf alle Fälle noch nicht zu Ende. „Die derzeitigen Beratungstrends sind noch zu unscharf, so daß eine Zusammenstellung schon mit ihrer Drucklegung überholt sein kann.“ („Der Sonntag“, Limburg, 29. 8. 71)

Nur in einigen wenigen Sachkommissionen haben sich einige Fixpunkte herausgebildet, wie etwa in der Sachkommission VII „Charismen — Dienste — Ämter“ ein Entwurf über „Schwerpunkte des priesterlichen Dienstes“. Dieser Entwurf ist beachtenswert. Er weist darauf hin, daß der priesterliche Dienst als Dienst an der Einheit nicht nur im „horizontalen“ Sinne zu verstehen sei, und versucht verschiedene neue Ansätze zum Verständnis des Priestertums zu integrieren. Ebenfalls untersucht er die Zuordnung des priesterlichen Dienstes zu anderen Diensten. Offen bleibt darin nach wie vor die Frage der Konkretisierung. Dafür scheint, nach dem Stand der Diskussionen dieser Sachkommission zu schließen, auch die Zeit noch nicht reif zu sein. Ähnliches gilt für den zweiten Entwurf einer Denkschrift zu Fragen der übernationalen kirchlichen Kooperation, die eine Arbeitsgruppe der Sachkommission X „Gesamtkirchliche und ökumenische Kooperation“ entworfen hat. Auch hier besteht das augenblickliche Spannungsfeld zwischen den als wichtig erachteten Erfordernissen und den realen Möglichkeiten der Verwirklichung.

Wie schwierig z. T. die Gesprächslage noch ist, zeigt eine Meldung des „Kritisch-Ökumenischen Informationsdienstes“ der KNA (vom 1. 9. 71), in der über die Antwort des Paderborner Weihbischofs Nordhues auf die Kritik von „Syn-Optik“, dem bisher in einer Nummer erschienenen Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft Synode, berichtet wird. Es geht um das „häufige Schwanken“ in der Diskussion der Sachkommission III „Christliche Diakonie“ zwischen den Begriffen „Caritas“ und „Diakonie“. Nordhues schreibt, nachdem er sich mit der Kritik auseinandergesetzt hat: „Von der Kommission werde das Ziel angestrebt, die praktische Caritas bzw. die praktische Diakonie der gesamtkirchlichen Arbeit zu integrieren mit der Absicht, Verkündigung und Liturgie dem ‚abstrakten‘ Bereich zu entreißen und die praktischen Dienste in Verbindung mit Verkündigung und Liturgie zu sehen. Sollte dies gelingen, dann ergäben sich Forderungen, die verhinderten, ‚daß die einen von der Kirche und ihren Diensten reden und die anderen in den Diensten handeln‘.“

Für die Sachkommission V „Gesellschaftliche Aufgaben der Kirche“ bleibt die schon einmal geäußerte Kritik (Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 402) aufrechterhalten, die auf die Frage abzielte, ob sich diese Kommissionen nicht doch in der Fülle der Themenstellung „schon im Ansatz übernommen habe“. Die Arbeit hat noch nicht ihre Grundlinie gefunden. Hier liegt die Problematik besonders schwierig, weil man sich offensichtlich noch nicht ganz darüber im klaren ist, welchen methodischen Weg man einschlagen will, der allerdings mit den inhaltlichen Aspekten enger als sonst verbunden ist.

Inzwischen hat sich die Arbeitsgruppe 2 „Entwicklung

und Frieden“ an die Zusammenstellung aktueller und kontroverser Fragen in diesem Bereich gemacht, um von daher dann schließlich auf die grundsätzlichen und zugrunde liegenden Probleme zu kommen. Die Arbeitsgruppe 3 sammelt konkrete Beispiele zur Frage des „Leistungsprinzips“ in unserer Gesellschaft, um dann die Möglichkeiten zu erkunden, was die Synode in diesem Bereich an pastoralpraktischen Maßnahmen vorschlagen könnte. In gleicher Weise geht die Arbeitsgruppe 4 „Kirche — Staat — Politik“ vor, die etwa den Komplex der Kirchensteuerfrage oder der Auseinandersetzung um die Schule untersuchen will.

Problematisch bleibt dann immer noch die Arbeitsgruppe 1. Stoßen nämlich die Arbeitsgruppen 2, 3 und 4 auf grundsätzliche philosophische, theologische oder sozial-ethische Probleme, so müßte von dieser Arbeitsgruppe eine klare biblisch-theologische Begründung gegeben werden können, um den spezifischen Auftrag der Kirche im gesellschaftlichen Bereich darzustellen. Dies stößt sich wiederum an der Tatsache, daß im Katholizismus, zwischen den Experten, zu diesen Fragen keine einheitliche Meinung mehr vorhanden ist. Damit ist die Gefahr nicht zu unterschätzen, daß durch dieses induktive Vorgehen und der letztlich nicht zu erbringenden einheitlichen Begründung eine praktische Durchführbarkeit der angesprochenen Einzelprobleme nicht mehr möglich ist. Sucht man jedoch von einer kaum herstellbaren allgemeinen Grundaussage, die sehr wissenschaftlichen Charakter tragen müßte, auszugehen und die Einzelprobleme deduktiv zu lösen, so ist die Gefahr der Ergebnislosigkeit mindestens ebenso groß wie bei der induktiven Methode. Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: „Was erwartet die Synode gerade von dieser Kommission? Was kann die Synode überhaupt zu dieser Thematik der Sachkommission V sagen und tun?“ Solange dies nicht geklärt ist, können alle Einzelentwürfe kein effektives Profil bekommen.

Vor sehr schwierigen Aufgaben steht sicher auch die Sachkommission VI „Erziehung — Bildung — Information“. Die bisherigen Entwürfe — vor allem aus der „Mediengruppe“ dieser Kommission — schlagen ganz konkret Punkte vor, wie etwa die Zusammenfassung der kirchlichen publizistischen Hauptstellen und der medienkritischen Dienste sowie die Stärkung des kirchlichen Informationswesens durch die Einrichtung einer Datenbank. Hinsichtlich der Vorschulerziehung laufen die bisherigen Empfehlungen auf Errichtung kirchlicher Stätten für sozial schwächere Schichten hinaus. Die Kommission ist z. B. auch der Ansicht, daß die Schule in freier Trägerschaft in ihrem spezifisch kirchlich-religiösen Auftrag und als Korrektiv staatlicher Unternehmungen gefördert werden solle.

Bei den fünf restlichen Sachkommissionen sind die Verhältnisse ähnlich. Wobei vielleicht noch einmal (wie schon in Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 401) der Wichtigkeit halber auf das vorläufige Arbeitsprogramm der aus den Kommissionen I und VI gebildeten Gemischten Kommissionen „Religionsunterricht“ und seine Schwerpunkte hingewiesen werden sollte. Die dort wiedergegebene Planskizze stammt aus der Studiengruppe 2 der Sachkommission I.

### *Schwierige Gruppenprozesse*

Vergegenwärtigt man sich die hier in Ansätzen angedeutete Lage, so kann man zu folgenden Feststellungen oder Ergebnissen kommen:

1. Die Konstituierende Vollversammlung vom 3. bis 5. Januar 1971 in Würzburg ist mit ihrem teilweise verständlichen Drängen nach einem möglichst schnellen Termin (Frühjahr 1972) der nächsten Vollversammlung sicher zu optimistisch gewesen. „Tatsache ist, daß die Arbeit an den zehn von der Synode selbst gewählten Themenkreisen in den Sachkommissionen nur mühsam vorankommt“ (K. Forster in einer Sendung des Bayerischen Rundfunks, „Bilanz der bisherigen Synodenarbeit“ vom 16. August 1971). Offensichtlich hat man die notwendigen Gruppenprozesse in den Kommissionen nicht genügend oder richtig eingeschätzt. Sachkundige Beobachter rechnen damit, daß die Vollversammlung wahrscheinlich erst für Herbst nächsten Jahres einberufen werden kann.

2. Die Gruppenprozesse sind notwendig schwierig, weil man darauf — zu Recht — drängt, daß „Papiere“ nicht nur von den Experten kommen sollten, sondern auch aus den Reihen der in gewissen Einzelfragen nicht so sachverständigen Synodalen, aus dem „ganzen Volk Gottes“ also.

Dabei ist auch ein gewisser Lobbyismus nicht zu übersehen. Es wird von einzelnen Mitgliedern immer wieder der Versuch gemacht, „ihre“ (Lieblings-)Entwürfe „durchzubringen“, ohne zuallererst darauf zu schauen, wie es mit der Verträglichkeit zur Gesamtkonzeption steht. Die Schwierigkeit und Umständlichkeit des Gruppenprozesses hat jedoch auch eine positive Seite: Es kommt dadurch eher zur Verständigung, die Polarisierung wird unwahrscheinlicher durch die im Prozeß erfolgende Reduktion der irrealen Erwartungen.

3. Man verlangt in allen Kommissionen umfassende Analysen. Dieses Verlangen bringt notwendigerweise den Guldfaktor ins Spiel. Rasche Ergebnisse ohne den unerläßlichen und klar abgesicherten Informationshinter- und -untergrund wären ohne Effizienz.

Auf der anderen Seite ist durchaus auch in einigen Kommissionen die Gefahr zu umfangreichen Analysen gegeben, durch die wiederum jede Wirksamkeit aufgehoben würde. Dies hat dann u. a. auch für die Synodalen eine nicht mehr zu bewältigende Papierflut zur Folge. Als nahezu abschreckendes Beispiel aus der jüngsten Gegenwart sei hier die Tatsache erwähnt, daß für eine Sitzung jedes der Mitglieder einer Sachkommission über 1 kg Papier vom Sekretär zugeschickt bekommen mußte.

4. Viele Kommissionen stehen — trotz des Versuchs einiger Ansätze — immer noch vor der Frage nach dem richtigen Einstieg. Wie schwierig diese Frage ist, zeigt etwa der Hinweis, daß der richtige Einstieg nie ohne halbwegs genaue Zielprojektion zu finden ist. Wie aber die Zielprojektion ohne den nicht richtigen Einstieg finden? Die Zirkelstruktur dieser Arbeit erfordert ein großes Differenzierungsvermögen. Sonst wachsen die Ringe der Erkenntnis nicht, sondern die Kommissionen geraten immer mehr und unmerklich in ein leeres Umkreisen.

5. Ein großes Problem scheint das Spannungsverhältnis zwischen der jeweiligen Aufteilung in Arbeitsgruppen und der Kohärenz zur jeweiligen Gesamtkonzeption zu sein. Die Synchronisierung dieser beiden Erfordernisse erforderte einen eigenen Arbeitsgang. Es kann aber nicht nur um die bloße glänzende Konzeption für sich gehen, genausowenig wie um eine nur detaillierte Aufzählung beeindruckender, aber fast zusammenhangsloser Einzelprobleme.

6. Vielfach hängt man noch in der ganz konkreten Aufgabe der sprachlichen Übereinkunft wie etwa der Hin-

weis auf die Sachkommission III gezeigt hat. Die Herkunft der Synodalen aus den verschiedensten Bereichen ist der Grund dafür. Gerade hier scheint aber eine der wichtigsten theologischen Stellen der Arbeit zu sein. In der Verstehbarkeit der Übereinkunft der vielen „Sprachwelten“, aus denen die Synodalen kommen, liegt zum größten Teil der Keim für ein Gelingen oder Scheitern der Synode. Jede Rezeption muß ausbleiben, wenn man sich nicht verständigen kann. Die Synode verpuffte trotz vieler schöner — aber unverständlicher — Einzelworte ins Leere.

Es besteht die Hoffnung, daß die Sommerpause eine „Inkubationszeit“ der schöpferischen Ideen und konzeptiven Kräfte war.

Entscheidende Bedeutung kommt dabei noch zusätzlich der Tatsache zu, daß nun die Berater ihre Arbeit voll aufnehmen können. Dann werden auch noch Lücken in den Beraterberufungen festzustellen sein. Die Entscheidung des Präsidiums, das zustehende Kontingent der Berater in der ersten Phase noch nicht voll auszuschöpfen, die mancherorts auf Kritik gestoßen ist, scheint, unter den Gesichtspunkten einer weiteren möglichen Prioritätenverschiebung, nicht die schlechteste der bisherigen Entscheidungen gewesen zu sein.

### Was ist zu erwarten?

Ein Ausblick, der aus diesen Feststellungen hervorgeht, müßte folgende Punkte ins Gesichtsfeld bringen:

1. Was bis jetzt als ein *unbestreitbares Positivum* festgehalten zu werden verdient, ist das entstehende und sich langsam vollziehende Gespräch sehr verschiedener Positionen und Meinungen miteinander. Manch einer mag diese Feststellung als banal empfinden; sie erscheint dem gründlichen Beobachter der kirchlichen Szenerie ein entscheidender Fortschritt zu sein.

2. In manchen Punkten wird es sicher zu einer wirklich *gemeinsamen Plattform* der verschiedensten Meinungen ohne bloßen Kompromißcharakter kommen können. So scheinen z. B. in der Sachkommission VII verschiedene, heute in der Diskussion stehende Aspekte des priesterlichen Dienstes sich gegenseitig anzuregen und zu befruchten, ohne das jeweils Eigene des einzelnen Vorschlags aufgeben zu müssen. Auch in der Sachkommission VIII scheint die Gemeinsamkeit aus verschiedenen Konzeptionen, der Mitverantwortung der Räte herkommend, erreichbar. Dazu bedarf es in allen Fällen aber sicher noch des beharrlichen Gesprächs.

3. Die Sachkommissionen mit pastoralkirchlichen Fragestellungen werden vermutlich leichter zu Ergebnissen kommen als diejenigen, die sich den gesellschaftlichen Fragen zuzuwenden haben. So wichtig die gesellschaftlichen Fragen sind, so nahe — dies wäre kritisch zu manchen erkennbaren Tendenzen zu sagen — liegt die Gefahr des rein Deklamatorischen.

4. Eine echte Problematik wird in dem auf mehreren Bahnen sichtbar werdenden „Wettlauf“ zwischen den römischen und innerdeutschen Entwicklungen liegen. Die zusammenhaltende Vermittlungsfunktion, herkommend vom beständigen Blick auf die Gesamtkirche, der durchaus kritisch sein kann, bleibt eine ständige Aufgabe, fast eine „durchlaufende Perspektive“.

5. In diesem Zusammenhang wird es ebenfalls problematisch sein, wenn sich der Trend zu Stellungnahmen ver-

schiedener Sachkommissionen oder gar der Synode zu aktuellen weltkirchlichen Problemen verstärken sollte. Es kann in Zukunft nicht Aufgabe der Synode und ihrer Sachkommissionen sein, nur zu re-agieren, sondern eindeutig zu agieren. Die Synode sollte vor allem ein Aktions- und kein Reaktionszentrum sein.

6. Ein gefährdender Faktor wird immer deutlicher sichtbar, der von außen auf die Synode einwirken könnte: Die einzeldiözesane Ungeduld, die auf eigenem Raum sozusagen die Synode „vorüberrunden“ will. Dies bezieht sich konkret auf die Gefahr des Partikularismus, der durch selbständige „Neuordnungen“ der Rätestrukturen und diözesanen Kurien entstehen könnte. Hier kann erneut an die Bitte der Sachkommission IX „Ordnung pastoraler Strukturen“ erinnert werden, „jede diözesane Neuordnung von pastoralen Strukturen solle als vorläufig behandelt und für die von der Synode zu erstellende Rahmenordnung offengelassen werden“.

## Kurzinformationen

Ein voller Konsensus über die Eucharistie gelang Anfang September 71 der Anglikanisch-römisch-katholischen Kommission, die bald nach dem Besuch des Erzbischofs von Canterbury, *M. A. Ramsey*, bei Papst Paul VI. gebildet worden ist. Ihr gehören je neun Delegierte an, davon vier anglikanische Bischöfe, u. a. auch der Anglikaner *J. Moorman* von Ripon, Opponent gegen die Union mit den Methodisten. Er bezeichnete das Agreement als den „bedeutendsten Lehrkonsens seit der Reformation“. Das von „Church Times“ (10. 9. 71) veröffentlichte Kommuniqué gab dieses Ereignis bekannt, veröffentlichte aber noch nicht den Text, der zunächst den beiderseitigen kirchlichen Autoritäten zur Prüfung vorgelegt wird. Es heißt aber, damit sei der Weg zu einer „organischen Union“ geebnet, und die Kommission könne nun darangehen, einen ähnlichen Konsensus über das kirchliche Amt bzw. das Priestertum bis zum Herbst 1972 zu erarbeiten. Der Wert dieser theologischen Dokumente wird jedoch nicht überschätzt. Denn es heißt in dem Kommuniqué, der Prozeß des Zusammenwachsens müsse an der Basis in den Gemeinden beginnen. Man müsse sich mehr um gemeinsame Gottesdienste bemühen und gegen traditionelle Vorurteile ankämpfen. Wie sich dieses Agreement zum Unionsplan mit den Methodisten verhält (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 416 f.), darüber wird kein Wort gesagt, obwohl gerade die Eucharistie als Opfer einen Dissens zu den Methodisten bildet (über das Ergebnis der zweiten Konferenz der „Internationalen Anglikanisch-römisch-katholischen Kommission“ vgl. HK 24, 543).

Die Gründungsversammlung der neuen Friedenspriesterbewegung in der CSSR, die bereits mehrmals verschoben worden war (vgl. HK 25, 114/15; 186/87), fand nun überraschend, aber im Westen kaum zur Kenntnis genommen, am 31. August 1971 in Prag und in Přeburg zugleich statt (vgl. „Katolicke Noviny“, 5. 9. 71). Sie hat den Namen „Pacem in terris“ angenommen. Die führenden Männer wurden noch nicht genannt. Sicher ist jedoch, daß der ehemalige Vorsitzende und Gesundheitsminister *J. Plojhar* und der frühere Generalsekretär, *J. Beneš*, nicht an der Spitze stehen werden. „La Croix“ (2. 9. 71) will wissen, daß der Kapitelsvikar von Olmütz, *K. Vrana*, den Vorsitz übernommen hat. Das gilt jedoch nur für den tschechischen Landesteil. An der Gründungsversammlung nahm auch der tschechische Minister für Kultur, *M. Bružek*, teil. In ihrer Ergebnisadresse an die führenden Männer in Partei und Staat erklärte die Versammlung ihre Bereit-

7. Geschwindigkeitsenthusiasten werden enttäuscht werden. Es empfiehlt sich, Statut und Geschäftsordnung genau anzusehen. Bei nüchterner Überlegung (mindestens zwei Lesungen pro Vorlage, erste und zweite Lesung nicht innerhalb einer einzigen Sitzungsperiode!) kommt man zu dem Schluß, daß nicht vor Frühjahr 1973 ein Dokument der Synode verabschiedet wird.

Dem scheidenden Sekretär der Synode, Prälat Forster, ist sicher nicht zu widersprechen, wenn er feststellt: „Die für die gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland gewählte Anlage und Struktur muß mit dem Preis eines mühsamen Arbeitsganges bezahlt werden. Eine Grundabsicht der Synode geht dahin, sie wirklich zu einem Ereignis im Gottesvolk der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland zu machen und ihr die Möglichkeit zu geben, dort, wo es von der Sache her erforderlich und ratsam ist, auch verbindliche Richtlinien und Anordnungen zu erlassen.“

schaft, an der „Konsolidierung der Verhältnisse“ mitzuarbeiten. Daß die Bischöfe dieser Neugründung nicht zugestimmt haben, ist so gut wie sicher, da sie in der kurzen Notiz in der Prager Zeitung überhaupt nicht erwähnt werden. Die Bewegung hat sich nach eigenen Aussagen drei Aufgaben gestellt: den katholischen Klerus zu einem stärkeren staatsbürgerlichen Engagement zu animieren, die Arbeit für den Frieden zu intensivieren und die berufsständischen und sozialen Interessen des Klerus zu fördern. Die Neugründung kam zuletzt überraschend, doch war die Propagandaarbeit dafür im stillen stets weitergeführt worden. Wie bereits Klerusversammlungen im Herbst 1970 und im Frühjahr 1971, die die Neugründung vorbereiten sollten, gezeigt haben, hat die Bewegung bei den Priestern keinen Rückhalt. Hinter ihr steht eine verschwindend kleine, aber sehr agile Gruppe von katholischen Geistlichen, welche das Interesse des Leiters des Prager Kirchenamtes, *K. Hruza*, an einer Wiederbelebung zu nutzen wußte. Von dort kam auch die nicht kleinliche finanzielle Unterstützung. Die nötige „Amtshilfe“ leisteten dann die Kirchensekretäre in den Bezirken und Kreisen in privaten Gesprächen mit den einzelnen Priestern. Wenn auch konkrete Ziele bisher nicht bekannt geworden sind, so signalisiert die Versicherung der Bewegung, bei ihrer Arbeit die Beschlüsse des 14. Parteitages der KPC zu achten, doch die Gefahr, daß die Bewegung zum Werkzeug für die Dirigierung des Klerus wird.

Die Gründung einer Stiftung „Pro Africa“ kündigte Kardinal *J. Villot* in einem Brief an alle Bischöfe von Afrika und Madagaskar an. Über diesen Vorgang liegt bisher lediglich eine von der afrikanischen Nachrichtenagentur DIA am 23. August 1971 verbreitete, aus Rom stammende Übersetzung des Briefes vor. Selbst die Organisationen, an deren Hilfsbereitschaft für die Stiftung in dem Brief appelliert wird (z. B. Misereor), erfuhr erst durch DIA von der Ankündigung. Mit einem kurzen Hinweis auf die Vorgeschichte des Projektes beginnt der Brief von Kardinal Villot. Papst *Paul VI.* hatte bei seinem Besuch in Uganda vom 28. bis 31. Juli 1969 (vgl. HK, 23. Jhg., S. 400 ff.) während eines Empfangs für die Repräsentanten katholischer Organisationen die erste Andeutung über die geplante Institution gemacht. Seither haben nach Angaben Villots vielfältige Konsultationen stattgefunden, bei denen es um die Modalitäten der Verwirklichung und um die Abgrenzung der Zuständigkeiten ging. Mittlerweile sei das Projekt